Freie Wohlfahrtspflege NRW

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände
der Freien Wohlfahrtspflege NRW

Franz Werfel | Pressesprecher

c/o Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-
Lippe e.V. – Diakonie RWL
Lenaustraße 41 | 40470 Düsseldorf

Telefon: 0211 6398-268
Mobil: 0160 8465587

presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de
www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de

27. November 2026
Pressemitteilung

563 Euro und keinen Euro mehr: Wenn Weihnachten exklusiv wird

Düsseldorf, 27. November 2026. Der Regelsatz für die Grundsicherung wird auch 2027 nicht erhöht – im vierten Jahr in Folge. Und das bei steigender Inflation in nahezu allen Lebensbereichen. Die Freie Wohlfahrtspflege NRW fordert zum Start der Adventszeit, dies zu ändern.

„Advent – das bedeutet gemeinsam Plätzchen zu backen, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, Waffeln essen, mit Freunden Punsch trinken oder ein Geschenk aussuchen. Glücksmomente, Teilhaben, Gemeinschaft – das wird mit dieser Zeit verbunden. Doch für diejenigen, die Grundsicherung erhalten und dort insbesondere für Kinder und Senior*innen, ist dies keine schöne Zeit, denn sie müssen zuschauen, wie andere leben.

Denn gesellschaftliche Teilhabe kostet Geld. Wer auf staatliche Leistungen angewiesen ist, erhält dafür einen monatlichen Regelbedarf. Dieser beträgt 563 Euro für alleinstehende Erwachsene, 390 Euro sind es für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren. Davon müssen Lebensmittel, Kleidung, Strom, Körperpflege, Mobilität und vieles mehr bezahlt werden, und zunehmend reicht das Geld schon dafür nicht aus. Eine Erhöhung ist aufgrund politischer Entscheidung nicht vorgesehen, und ein Weihnachtsgeld oder einen zusätzlichen „Weihnachtsbedarf“ gab es noch nie.

„Braucht es einen Weihnachtsbaum zum Überleben?“, fragt Kirsten Schwenke, die Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege NRW. Die Antwort hierauf kann ein klares Nein sein. „Aber dies ist weder menschlich noch Grundgesetz konform, denn ein menschenwürdiges Existenzminimum darf sich nicht auf das bloße Überleben beschränken. Menschen müssen auch die Möglichkeit haben, an dem teilzuhaben, was unser gesellschaftliches Leben ausmacht“, so Schwenke weiter.

In Nordrhein-Westfalen beziehen mehr als 1,55 Millionen Menschen Grundsicherung für Arbeitsuchende, darunter mehr als 415.000 Kinder unter 15 Jahren. Hinzu kommen mehr als 320.000 Rentner*innen in Nordrhein-Westfalen mit Anspruch auf Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung. Sie alle sind betroffen, wenn der Regelsatz auch 2027, und damit im vierten Jahr in Folge, unverändert bleibt. Seit Januar 2024 wurde der Regelbedarf nicht mehr erhöht.

Ein gleichbleibender Regelsatz bedeutet jedoch nicht, dass auch die Lebensbedingungen gleichbleiben. Wenn Lebensmittel, Energie und andere Dinge des täglichen Lebens teurer

werden, können sich Menschen von denselben 563 Euro immer weniger leisten, und das Existenzminimum wird unterschritten.

Ein menschenwürdiges Leben bedeutet zu jeder Jahreszeit mehr als bloßes Überleben. Dazu gehören Gemeinschaft, die Möglichkeit, Einladungen anzunehmen und selbst einzuladen, und das Gefühl, dazuzugehören. In der Advents- und Weihnachtszeit wird besonders sichtbar, was fehlt, wenn das Geld nicht reicht.

Dominique Hopfenzitz, der Vorsitzende des Arbeitsausschusses Armut und Sozialberichterstattung in der LAG FW NRW, sagt: „Wer über die Höhe der Grundsicherung diskutiert, sollte deshalb nicht nur fragen: Reicht das Geld zum Überleben? Die entscheidende Frage lautet: Ermöglicht es Menschen ein Leben in Würde und gesellschaftliche Teilhabe?“ Ein Weihnachtsbaum ist dafür vielleicht nur ein Symbol. Aber ein sehr anschauliches.

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW in drei Sätzen

750.000 Mitarbeitende der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen setzen sich täglich dafür ein, Menschen in allen Lebenslagen zu unterstützen. Mit ihren Angeboten und Dienstleistungen erreichen die Träger der Freien Wohlfahrtspflege in NRW, die in den sechs Wohlfahrtsverbandsgruppen von Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Der Paritätische, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie und den Jüdischen Landesverbänden organisiert sind, jährlich rund 6 Millionen Menschen. Neben den konkreten Aufgaben der Wohlfahrts- und Sozialarbeit übernehmen die Verbände eine wichtige Mittlerrolle zwischen Gesellschaft, Politik und Verwaltung: Sie benennen soziale Schieflagen und setzen auf Dialog, um gemeinsame Lösungen für alle beteiligten Akteurinnen und Akteure zu erreichen.